

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHÜSSE IN DER MARK Von Millionen, Pleiten und krummen Geschäften

CHIPFABRIK

Einer der erfolgreichsten Untersuchungsausschüsse war der zur Chipfabrikpleite, der 2003 geschleierten Investition in Höhe von 1,3 Milliarden Euro in Frankfurt (Oder). Rund 100 Millionen Euro öffentlicher Gelder hat das gekostet. Der vom Vorsitzenden Heinz Vietze (PDS) – also der damaligen Opposition – nach einjähriger Tätigkeit vorgelegte Abschlussbericht wurde vier Wochen vor der Landtagswahl 2004 verabschiedet. Und zwar mit parteiübergreifender Einigkeit, ohne Minderheitenvotum. Dass die Landesregierung nicht geschont wurde, trugen die Regierungsfractionen SPD und CDU mit. „Die Landesregierung trägt eine Mitverantwortung dafür, dass Auskünfte des Unternehmens 'Communicant' ungeprüft an das Parlament weitergegeben wurden und bei der Größenordnung des Einsatzes öffentliche Gelder eine entsprechende Kontrolle nicht gewährleistet war“, hieß es. „Die Chancen des Projektes wurden letztlich überschätzt und die damit verbundenen Risiken unterschätzt.“ Über den Skandal war Wirtschaftsminister Wolfgang Fürtmisch gestürzt (CDU). Er hatte privat von einem Scheich 1,5 Millionen Dollar bekommen.

FLUGHAFEN

Ein Ausschuss untersuchte die 1999 gescheiterte Privatisierung des neuen Flughafens. Im vom SPD-Vorsitzenden Peter Muschalla vorgelegten Abschlussbericht, 2003 mit SPD/CDU-Mehrheit beschlossen, kam die Regierung nicht ungehorsam davon. Gerügt wurden strukturelle Defizite beim Projekt, die verbale rechtswidrige Verwicklungen begünstigten. Oder, dass dem „Grundsatz der Trennung von Kompetenzen der Geschäftsführung und Aufsichtsrat ... nicht entsprochen“ wurde. Die Leitungs- und Kommunikationsstrukturen zwischen den Gremien seien „nicht durchgängig transparent und klar gewesen“. Gerügt wurde, dass zwischen den Eigentümern Berlin, Brandenburg und dem Bund „in verschiedenen für das Privatisierungsverfahren wesentlichen Punkten nicht zu jenem Zeitpunkt Einigkeit herrschte“. Einige Jahre vorher hatte der erste Flughafen-Untersuchungsausschuss 1997 bereits den teuren Fehlkau des „Baufelds Ost“ untersucht. Der sei, so der Abschlussbericht, „ohne klare Zielsetzung“ erfolgt. Der Informationsfluss zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat sei „lückenhaft“ gewesen. „Es gab zwar Zielinformationen, aber keinen Überblick.“ Vieles klingt aktuell.

Krampnitz – ein Witz

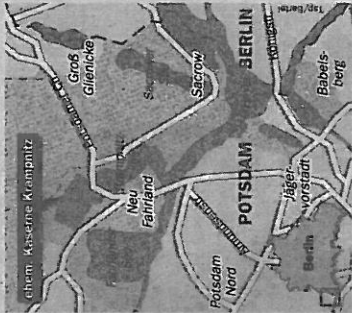
Fünf Untersuchungsausschüsse gab es seit 1999 in Brandenburg. In keinem haben die Regierungsfractionen so gemauert wie SPD und Linke im Streit um die riesige Kaserne im Norden Potsdams. Eine Bilanz

VON THORSTEN METZNER

Die Krampnitz-Akte soll geschlossen werden. Der Untersuchungsausschuss des Landes, der seit 2010 den dubiosen Verkauf des 112 Hektar großen Kasernengeländes im Norden Potsdams und weiterer Landesimmobilien untersuchte, könnte heute die Arbeit beenden. Vielleicht. So wollten es bisher die Regierungsfractionen SPD und Linke. So hat es Mike Bischoff, Obmann und parlamentarischer SPD-Geschäftsführer angekündigt. In nichtöffentlicher Sitzung sollte lange genug vor der Landtagswahl am 14. September der Abschlussbericht beschlossen werden. Vorgelegt hatte den 419-Seiten-Entwurf nach Neujahr der Vorsitzende Sören Kosanke (SPD), ohne jede Vorabstimmung mit der Opposition aus CDU, Grünen und FDP.

Ungewöhnlich ist der Vorgang – wegen der Eile, wegen des Vertrauensstimmens „YS - Nur für den Dienstgebrauch“, den das Dokument trägt. Vor allem aber weil kein Untersuchungsausschuss im Land bisher mit Regierungsmehrheit eine solche Kundmentlastung durchzudrücken versuchte wie hier. Der Entwurf kommt zum Ergebnis, dass beim Verkauf der Krampnitz-Kaserne und weiterer Landesimmobilien durch den Makler des Landes, also der 2006 privatisierten Brandenburgischen Bodengesellschaft (BBG) mit dem Chef Frank Marczinek, einem Kunnpel von Ex-Minister Rainer Speer (SPD), angeblich alles richtig lief. Man habe „bei keiner der untersuchten Veräußerungen einen Verstoß gegen die Regeln feststellen“ können. Auch nicht bei den Verkäufen des früheren Flugplatzes in Oranienburg und eines Landesgrundstücks in Bad Saarow, obwohl in beiden Fällen die Staatsanwaltschaft noch ermittelt.

Zum Fall Krampnitz heißt es: „Der Untersuchungsausschuss kommt zu dem Ergebnis, dass ein Unterwertverkauf nicht erfolgt ist.“ Schließlich habe auch die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren „mangels einer Straftat“ eingestellt. Es geht bei dem Areal, einst als Kaserne für die Wehrmacht errichtet, bis 1994 von Russischen Streitkräften genutzt, um die einzige verbleibende große Wohnbaufläche im prosperierenden Potsdam. Einer Fläche, die Finanzministerium und Stadt Potsdam inzwischen zurückholen



Militäreigenschaften erheblich schwanken. „Aus diesem Grund konnte letztlich nicht festgestellt werden, ob ein Grundstück zu billig und damit ggf. zum Schaden des Landes oder gar zu teuer verkauft wurde“, heißt es. Kritisiert wird lediglich, dass die Kontrolle von Liegenschaftsverkäufen „nicht umfassend genug“ erfolgt sei, obwohl Finanzminister Helmut Markov (Linke) aus gutem Grund seitdem dem Schlandrian ein Ende gemacht hatte. Und dass die Privatisierung der BBG, die dann als Privatfirma in Regierungsauftrag gegen Millionenhonorar für den Verkauf von Landesgrundstücken zuständig war, ein Fehler gewesen sei.

Die Opposition aus CDU und Grünen will sich damit nicht abfinden, auch sie natürlich mit der Landtagswahl im Visier. Sie sehen noch Aufklärungsbedarf, wollen weitere Zeugen vernehmen, pochen auf den vom Landtag beschlossenen Untersuchungsauftrag. CDU-Obmann Dierk Homeyer verwies darauf, dass der Verkauf eines Villengrundstücks am Babelsberger Werthe-Schlosspark – 15 000 Quadratmeter für 290 000 Euro – noch nicht behandelt wurde. Weil die rote Mehrheit jüngst den Beweisauftrag auf Vernehmung eines weiteren Zeugen abschmeterte, haben CDU und Grüne nach Tagesspiegel-Informationen in den vergangenen Tagen insofern das Landesverfassungsgericht angeufen. Und das höchste Gericht Brandenburg am Montag den Ausschuss um Stellungnahme bis 17. Januar, womit der Verkauf, die Krampnitz-Akte vorzeitig zu schließen, zunächst gestoppt wurde.

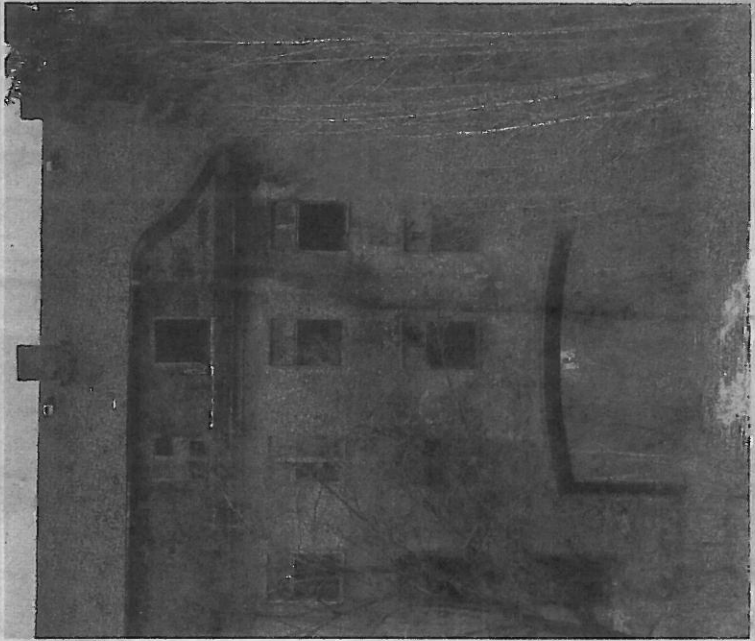
BODENREFORM

Die Bodenreform-Affäre begann mit einem Urteil des Bundesgerichtshofes. Der rügte 2007 die Landnahme von 10 000 fremden Grundstücken unbekannter Erben durch das Land als „sittenwidrig“. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, der 2009 kurz vor der Landtagswahl mit der Koalitionsmehrheit von SPD und CDU verabschiedet wurde, machte als Ursache das Eigenleben im Finanzministerium verantwortlich, die Vorsebständigung der Arbeitsebene. Es war die gleiche Abteilung, die später für den Verkauf der Krampnitz-Kaserne zuständig war. Die Regierung wurde im Bericht der Vorsitzenden Jutta Lieske (SPD) gerügt, weil sie „die politische Brisanz der Abwicklung“ der Bodenreform verkannte und mit flächendeckender Erbensuche „viel zu spät“ begann. Sie „steht dafür in der politischen Verantwortung“, hieß es. Der Linken-Opposition ging das nicht weit genug. In einem Minderheitenvotum wiesen die Linken-Abgeordneten Christian Görke, Ralf Christoffers und Kornelia Wöhlan auf die Verantwortung der „Landesregierungen von 1992 bis 2007 unter den Ministerpräsidenten Stolpe und Platzeck“ für die Landnahme hin.

LEG

Es war die „Krisen-Feuerwehr“ für Brandenburgs Ex-Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD). Doch die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) musste 2001 wegen tieferer Zahlen liquidiert werden. Verluste: Rund 200 Millionen Euro. Der Untersuchungsausschuss, Vorsitzender war Dieter Helm (CDU), beendete kurz vor der Landtagswahl 2004 seine Arbeit. Der 1400-Seiten-Abschlussbericht enthielt keine Bewertung: Die CDU, obwohl in der Regierung, hatte einen Persilschein abgelehnt. Stattdessen geißelte CDU-Obmann Dierk Homeyer das „System Stolpe“ als Hauptursache der Pleite, machte sich damit aber auch in den eigenen Reihen nicht beliebt. Während die SPD alles auf die Geschäftsführung schob, waren sich PDS-Opposition und CDU einig, dass vor der Landtagswahl 1999 auf politischen Druck die LEG-Bilanz geschönt wurde. Die PDS sah, wie der damalige Abgeordnete Ralf Christoffers erklärte: „Die Hauptschuld für das Scheitern liegt im politisierten Bereich“. Die im Bericht dokumentierten Zeugnisaussagen zeigten ein Bild kollektiver Verantwortungslosigkeit, fehlender Kontrolle durch Aufsichtsrat und Regierung, Missmanagement und vorausweisenden politischen Gehorsams der LEG-Manager.

Foto: Manfred Thomas
Glas drüber? Hier waren Soldaten stationiert, hier wurden Hollywood-Filme gedreht. Nun soll hier ein großes Wohnquartier direkt an der B2 entstehen.



komnten, auf der die Landeshauptstadt selbst einen Stadtteil mit 3500 Einwohnern entwickeln will. Denn die Einwohnerzahlen steigen schon seit einem Jahrzehnt rasant, die Immobilienpreise auch. Ein Rathausvermerk aus 2007 bezeichnete damals die Fläche als „Hauptstandort“, um das Bevölkerungswachstum aufzulösen. 2007 war das Areal für jediglich vier Millionen Euro an den schillernden Hannoveraner Anwalt Ingolf Böx verkauft worden, während Landtag und der später über eine Unterhaltungsaffäre gestürzte Finanzminister Rainer Speer (SPD) davon ausgingen, dass der dänische Immobiliencycoon Thylander Kaufer war. Doch der damalige Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) hatte sich sofort hinter Speer gestellt und verkündet, dass dem Land kein Schaden entstehen sei. Diese Aussage wiederholten seitdem die SPD-Vertreter in jeder Sitzung. Kein Wunder, dass das für die Staatsanwaltschaft erstellte Wertgutachten einer Berliner Sachverständigen im Entwurf nicht auftauchte, nach dem die Immobilie 2007 knapp zehn Millionen Euro wert war, dass andere Passagen im Kontrast zum formulierten Fazit stehen. Erwa die, dass Gutachterwerte gerade bei früheren